

Winfried Nachtwei, MdB
MdB Bündnis 90/Die Grünen
Verteidigungsausschuss
Unterausschuss Abrüstung

11011 Berlin, 10.1.2001
Deutscher Bundestag
Tel.: 030/227-72567, Fax -76016
winfried.nachtwei@bundestag.de
www.nachtwei.de

Gewaltvorbeugung konkret: Unterstützung internationaler Maßnahmen der Krisen- prävention und Friedenserhaltung durch die Bundesregierung

Vor zwei Jahren versprachen SPD und Bündnisgrüne in ihrem Koalitionsvertrag, die zivile Krisenprävention in der Außen- und Sicherheitspolitik massiv zu stärken und dafür neue Instrumente zu entwickeln. Der Kosovokrieg schien diesen hehren Anspruch in den Augen vieler zu konterkarieren. Bis heute dominiert in der öffentlichen Wahrnehmung die militärische Dimension der Sicherheitspolitik. Teile der Friedensbewegung und einer kritischen Publizistik beschuldigen Rot-Grün, eine Politik der Aufrüstung, gar der Kriegstreiberei auf dem Balkan zu betreiben. Ignoriert werden in der Regel die tatsächlichen deutschen Bemühungen, den Friedensprozess auf dem Balkan zu fördern und neue Fähigkeiten ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung aufzubauen. Ende 1998 begannen das Auswärtige Amt (AA) und das Bundesministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) mit der Umsetzung des Koalitionsversprechens. Die Erfahrungen des Kosovo-Krieges bestärkten die Koalition in diesen Bemühungen und gaben dem Thema auch auf multilateraler Ebene einen erheblichen Schub.

Nach der friedlichen Revolution in Serbien berichtete die Presse erstmalig über erhebliche Bemühungen der Bundesregierung, den demokratischen und friedlichen Wandel in Serbien zu fördern und einem neuen Krieg, der vor allem in Montenegro drohte, entgegenzuwirken. Der folgende Überblick bringt eine Auswahl überwiegend neuerer Maßnahmen der nicht-militärischen Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenserhaltung nach Verabschiedung des Bundeshaushaltes für 2001 am 1. Dezember 2000. Viele andere und im Sinne der Krisenvorbeugung relevante Maßnahmen (Europäische Integration und EU-Erweiterung, Internationaler Strafgerichtshof, Entwicklungszusammenarbeit/Armutsbekämpfung/ Entschuldung und internationale Strukturpolitik, Klima- und Ressourcenschutz/Energiewende zum Sozialzeitalter, operative Außenpolitik/Diplomatie etc.) bleiben dabei unberücksichtigt.

(vgl. auch: Tobias Debiel/Volker Matthies: *Krisenprävention: Was wurde erreicht? Eine Bestandsaufnahme zur deutschen Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik*, AFB-Texte 2/2000, Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn Sept. 2000, www.bonn.iz-soz.de/afb/; Ludger Volmer: *Zweite Jahresbilanz – Grüne Akzente in der deutschen Außenpolitik*, Nov. 2000)

1. Stabilitätspakt

Die Initiative zu diesem regionalen und mehrdimensionalen Stabilisierungskonzept stammt aus dem deutschen Auswärtigen Amt. Von seinem ganzen Ansatz her ist es ein vorbildliches Präventionsprogramm.

Die Liste der vom AA und BMZ durchgeführten Projekte veranschaulicht die Vielfalt des Stabilitätspaktes. (Anlage 1) Die FR vom 9.10.00 beschreibt den Erfolgskurs des Paktes und seines lange gescholtenen Sonderbeauftragten Bodo Hombach.

Parallel zum Stabilitätspakt engagierte sich die Bundesrepublik für die Stabilisierung Montenegros durch Unterstützung des Reformkurses von Präsident Djukanovic und stellte in 2000 4 Mio. DM humanitäre Hilfe, 8 Mio. DM Aufbauhilfe und einen ungebundenen Finanzkredit von 40 Mio. bereit. Im Kreis der NATO-Verbündeten votierte die Bundesregierung eindeutig gegen die Illusion einer militärischen „Option“.

2. Unterstützung von internationalen Maßnahmen der Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung durch das AA

Der bisherige Titel „Friedenserhaltende Maßnahmen“ wurde in den Haushaltsberatungen für 2000 um 20 Mio. DM auf 28,6 Mio. DM aufgestockt und im o.g. Sinne inhaltlich erweitert. Somit konnten in diesem Jahr erstmalig viele auch einheimische NGO-Projekte durch das AA gefördert werden.

Von ganz besonderer Bedeutung ist der Aufbau von Trainingskursen für Teilnehmer an internationalen zivilen Friedensmissionen von VN und OSZE. (vgl. AA: Vorbereitung für Internationale Einsätze. Hinweise für BewerberInnen, Oktober 2000, www.auswaertiges-amt.de). Mit der „**Aktion Ziviles Friedenspersonal**“ sollen die Rahmenbedingungen für die Rekrutierung, Vorbereitung und Entsendung von zivilem Personal (auch Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Verwaltungsexperten) für multilaterale internationale Friedensmissionen verbessert werden. (Anlage 2) Außenminister Fischer stellte die Aktion Ziviles Friedenspersonal in seiner Rede vor der 55. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 14.9.00 in New York vor.

Nachdem der Finanzminister in den Regierungsentwurf für den Haushalt 2001 nur wieder 8,6 Mio. DM eingestellt hatte, beschloss der Bundestag wieder eine Anhebung auf 28,6 Mio. Die Koalitionsfraktionen sind sich einig, dass dieser Titel im kommenden Jahr verstetigt und erhöht werden muss.

3. Unterstützung anderer Maßnahmen mit krisenpräventiver und friedenserhaltender Bedeutung durch das AA (Auswahl)

Die Bundesregierung leistet erhebliche Beiträge zu (internationalen) Organisationen und Projekten, die auf dem Feld der Gewalteinämmung und –vorbeugung arbeiten. (Anlage 3) Internationale nichtmilitärische Polizeimissionen (CIVPOL) nehmen bei Friedenseinsätzen inzwischen eine Schlüsselrolle ein. Die deutschen Beiträge sind mit z.Zt. mehr als 600 Beamten quantitativ und qualitativ vorbildlich. Allerdings tragen die Bundesländer sehr unterschiedlich zur Ausbildung, Entsendung und Begleitung bei. (vgl. www.streife-online.nrw.de) Zur Deckung des steigenden CIVPOL-Bedarfs sind aber noch erhebliche Anstrengungen von Bund und Ländern notwendig.

In dem bescheiden erscheinenden Titel Abrüstungszusammenarbeit verbirgt sich vor allem die deutsch-russische Kooperation bei der Errichtung einer Chemiekampfstoffvernichtungsanlage in Gorny/Südrußland. Das Projekt ist das fortgeschrittenste seiner Art in Rußland und kann wohl im nächsten Jahr seinen Betrieb aufnehmen. (vgl. *W.Nachtwei: Chemiewaffenvernichtung in Rußland, November 2000*)

Der Jahresabrüstungsbericht 1999 der Bundesregierung (*BT-Drs. 14/3233 vom 12.4.00*) gibt einen vorzügliche Überblick über das von der Bundesrepublik geförderte Instrumentarium der Abrüstung, Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsverträge und seine Weiterentwicklung. Schwerpunkte waren die Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (erfolgreiches Abschlussdokument mit „uneingeschränkter“ Verpflichtung der Atomwaffenstaaten zur vollständigen nuklearen Abrüstung und Vereinbarung praktischer Schritte; Bestätigung durch 1. Ausschuss der VN-Generalversammlung), Bemühungen um umfassende Implementierung des Chemischen und Biologischen Waffenverbotsvertrages (CWÜ, BWÜ), neue Ansätze zur Bekämpfung der Raketenproliferation, Inkrafttreten des neuen KSE-Vertrages (konventionelle Rüstungskontrolle in Europa), abrüstungs- und rüstungskontroll-politische

Maßnahmen im Rahmen von Dayton und Stabilitätspakt (Unterstützung bei Klein-waffen- und Munitionszerstörung), Eindämmung der Verbreitung von „Kleinwaffen“ (Gemeinsame Aktion der EU, OSZE-Dokument) und Implementierung des Ottawa-Übereinkommens (Anti-personenminen).

Bei der Umsetzung der Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge besteht seit Jahren eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium, insbesondere dem Verifikationszentrum der Bundeswehr.

4. Krisenprävention in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ)

Der Etat des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde von rd. 7,1 Mrd. in 2000 auf 7,4 Mrd. DM erhöht. Das BMZ leistet 140,5 Mio. DM Beiträge an die VN, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Nichtregierungsorganisationen. Projekte und Programme werden ausgerichtet auf den Abbau struktureller Konfliktsachen, den Aufbau demokratischer Strukturen und der Zivilgesellschaft.

Die Konfliktsensibilität wird erhöht durch die Einführung von Krisenindikatoren, nach denen der Präventionsbedarf in 38 aktuellen Kooperationsländern der deutschen EZ bewertet wird. Diese Bewertungen gehen ein in Länderkonzepte und Schwerpunktstrategien. Einer von zehn möglichen Schwerpunkten ist „Friedensentwicklung und Krisenprävention“.

Zur Konfliktsensibilisierung finden Qualifizierungskurse für Mitarbeiter von Steuerungseinheiten von GTZ und Kreditanstalt für Wiederaufbau, für Projektmitarbeiter und für Fachkräfte der EZ, der humanitären und Katastrophenhilfe statt.

Wichtigstes neues Instrument der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist der **Zivile Friedensdienst (ZFD)** als Gemeinschaftsaufgabe staatlicher und nichtstaatlicher Träger. Unterstützt werden die viermonatigen Kurse der „Arbeitsgemeinschaft Qualifizierung für zivile Konfliktbearbeitung/Zivilen Friedensdienst“, die das Land NRW schon seit 1997 fördert.. Bisher wurden 45 Vorhaben mit 78 Friedensfachkräften bewilligt. Im Jahr 2001 soll es 80-100 ZFD-Kräfte geben. Der ZFD-Ansatz beträgt in diesem Jahr 17,5 Mio. DM, für die Folgejahre gelten Verfügungsermächtigungen von 20 Mio. DM. Das BMZ förderte das Handbuch „Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden“ sowie die illustrierte Broschüre „Friedensfachdienst ist machbar! Profis der zivilen Konfliktbearbeitung im Einsatz“.

(Anlage 4; vgl. *BMZ: Zwei Jahre Entwicklungspolitik der Bundesregierung unter SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Halbzeitbilanz und Perspektiven, September 2000*; *GTZ: Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Arbeit der GTZ, Dokumentation eines Symposiums in der GTZ am 26.11.1999, Eschborn 2000*)

5. Deutsches Institut für Menschenrechte

Mit Bundestagsbeschluss vom 7.12.00 wird ein unabhängiges Deutsches Institut für Menschenrechte gegründet. Es soll über die Lage der Menschenrechte im In- und Ausland informieren und zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen sowie zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte beitragen. Die Gremien sollen mehrheitlich von Vertretern aus dem nichtstaatlichen Bereich besetzt sein. Der Etat des Instituts beträgt 2001 1 Mio. DM, in den Folgejahren je 3 Mio. DM. (*Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BT-Drs. 14/4801 vom 28.11.00*; *5. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den Auswärtigen Beziehungen, BT-Drs. 14/3739 vom 28.6.00*)

6. Gesamtkonzept Krisenprävention

Der Bundessicherheitsrat beschloss inzwischen mit dem „Gesamtkonzept Krisenprävention und Konfliktbeilegung“ politische Leitlinien einer Krisenpräventionsstrategie. (vgl. *BMZ Spezial Nr. 17, August 2000, www.bmz.de*)

Bei der ersten Botschafterkonferenz des AA war Krisenprävention Thema eines Arbeitstisches. (vgl. *auch Reden von Staatssekretär Ischinger zur Eröffnung der Konferenz „Facing*

Ethnic Conflict“ in Bonn am 14.12.2000, und Staatsminister Volmer am 30./31.10.2000 in Berlin; www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/ziv...)

7. Krisenreaktionszentrum und Sonderbeauftragter

Im AA wurde ein Krisenreaktionszentrum eingerichtet, das mit entsprechenden anderen nationalen Einrichtungen (z.B. Führungszentrum BW, BND) sowie den Lagezentren von OSZE, EU etc. verbunden ist. Im Vergleich zum FüZBw gilt es als entwicklungsfähig. Im Mai 2000 ernannte das AA einen Sonderbeauftragten für Konfliktprävention und Krisenmanagement. Er soll die verschiedenen Anstrengungen auf nationaler Ebene zusammenführen und die Bundesrepublik in entsprechenden internationalen Gremien (EU, OSZE, G 8) vertreten.

Eine integrierte ressortübergreifende und staatliche wie nichtstaatliche Akteure verbindende Krisenfrüherkennung gibt es bisher noch nicht.

(vgl. Klaus Liebetanz: *Vorschlag und Forderung: Integriertes Lage- und Führungszentrum bei der Bundesregierung*, in: *Notfallvorsorge 1/1998*)

8. Friedens- und Konfliktforschung

Zur Zeit im Aufbau befindet sich die unabhängige „Deutsche Stiftung Friedensforschung“ (DSF). Sie soll ein „neues Instrument der Politikberatung sein und die Bundesregierung bei der Krisenprävention und Konfliktbeilegung unterstützen.“ (Ministerin Bulmahn) Der Bund stellt das Grundkapital von 50 Mio. DM zwischen 2000 und 2002 zur Verfügung. Anfang 2001 soll die Stiftung ihre Arbeit in Osnabrück - neben Münster „Stadt des Westfälischen Friedens“ – aufnehmen. Der Stiftungsrat wird aus acht WissenschaftlerInnen, vier RegierungsvertreterInnen und drei ParlamentarierInnen bestehen. Die bündnisgrüne Fraktion entsendet. W. Nachtwei.

9. Nichtmilitärische Krisenbewältigung im Rahmen der EU

Die Gründung des „Conflict Prevention Network“, angesiedelt bei der Stiftung Wissenschaft und Politik/SWP, im Jahr 1997 sollte der politischen Beratung verschiedener EU-Institutionen dienen.

Der Europäische Rat beschloss im Dezember 1999 in Helsinki den Aufbau eines Mechanismus nichtmilitärischer Krisenbewältigung und einen Aktionsplan im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Vorgelegt wurden dabei **Bestandsaufnahmen** zum nichtmilitärischen Krisenbewältigungsinstrumentarium der EU und der Mitgliedsstaaten. (Anlage 5) Seit Juni arbeitet ein **Ausschuss** für zivile Aspekte der Krisenbewältigung, der Planziele (headline goals) entwickeln soll.

Der EU-Gipfel in Feira beschloss im Juni 2000 erste **Planziele** für internationale nichtmilitärische Polizeieinsätze: hierfür sollen bis 2003 5.000 Beamte zur Verfügung stehen, 1.000 innerhalb von 30 Tagen. (z.Zt. sind 3.300 Polizisten aus EU-Staaten, davon über 500 aus Deutschland, im internationalen Einsatz.) Als nächstes sollen Planziele für die Bereitstellung von Fachpersonal für die

- Stärkung des Rechtsstaates,
- Stärkung der Zivilverwaltung
- Förderung des Katastrophenschutzes erarbeitet werden.

(Anlagen zu den *Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Santa Maria de Feira, 19./20.6.2000. SN 200/00 ADD 1*) Hauptproblem hierbei ist, dass die Zusammenführung der entsprechenden personellen Ressourcen schon auf nationaler Ebene viel komplizierter ist (Föderalismus) als beim Militär.

Bis zum EU-Gipfel von Nizza im Dezember 2000 erarbeitete der o.g. Ausschuss vorrangig Leitprinzipien, Einsatzkonzepte und Fähigkeitsanforderungen für nichtmilitärische Polizeieinsätze und betonte dabei die enge Koordinierung mit VN und OSZE sowie Notwendigkeit in-

tegrierter Planungsprozesse bei Kriseneinsätzen. Zur Stärkung des Rechtsstaats wurde eine Datenbank über entsprechende spezialisierte Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten eingerichtet und Vorarbeiten zur Festlegung von Planzielen geleistet. (*Anlage II zum Bericht des Vorsitzes über die ESVP, Brüssel 4.2.2000*)

Die Kommission hat den Aufbau einer **Schnellen Reaktionseinheit (Rapid Reaction Facility/ RRF)** vorgeschlagen, in der bereits existierende EU-Instrumente gebündelt werden sollen. Für dringende Interventionen sollen der RRF 5 Mio. Euro als Startkapital und für Interventionen von bis zu neun Monaten je 12 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Dadurch sollen Finanzen und Fachpersonal schneller zur Verfügung stehen.

Mit der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft verbindet sich die Erwartung beschleunigter Fortschritte beim Aufbau nichtmilitärischer Krisenbewältigung. Die schwedische Regierung will sich für die Verabschiedung eines conflict-prevention-Programms auf dem nächsten EU-Gipfel in Gothenburg im Juni 2001 einsetzen.

(vgl. *Tobias Debiel/Martina Fischer: Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung durch die EU. Konzepte, Kapazitäten und Kohärenzprobleme, Berghof-Report Nr. 4, August 2000; Ministry for Foreign Affairs/SWE: Preventing Violent Conflict, Government Communication 2000/01:2, Stockholm Dez. 2000; Swedish Institute of International Affairs: Future challenges to conflict prevention. How can the EU contribute? Stockholm 2000, www.ui.se; International Alert/Saferworld/European Platform for conflict prevention: Preventing violent conflict: Opportunities for the Swedish and Belgian Presidencies of the European Union in 2001, London/Utrecht Dez. 2000; Daniel Plesch/Jack Seymour: A Conflict Prevention Service for the European Union, BASIC 2000)*

10. OSZE

Im September 2000 arbeiteten 120 deutsche Zivilisten in 20 OSZE-Missionen. Im Juni 2000 verabschiedete die OSZE ein **REACT-Programm** (Rapid Expert Assistance and Cooperation Teams/Schnelle Einsatzgruppen für Expertenhilfe und Kooperation) zur kurzfristigen Mobilisierung von zivilen Fachleuten für OSZE-Missionen. Neu geschaffen wurde eine Hauptabteilung für Personalressourcen (Personalbeschaffung für Missionen, Schulung, Kompetenzsteigerung) und eine Einsatzzentrale (opszen) im Konfliktverhütungszentrum mit der Funktion eines Planungsstabes für künftige Missionen und Feldeinsätze. Der Bund finanziert das vom neuen OSZE-Institut in Hamburg CORE herausgegebene OSZE-Jahrbuch. (vgl. *CORE-News No. 1/2000, www.rrz.uni-hamburg.de/core-ifsh/*)

11. Vereinte Nationen

Der deutsche Beitrag an die Vereinten Nationen steigt 2001 um mehr als 200 Mio. auf 900,5 Mio. DM.

Deutschland beteiligt sich an **stand-by-arrangements** der VN, wodurch ihre Fähigkeit zu Friedenseinsätzen gestärkt werden sollen. Zugesagt sind bisher zivile Beiträge wie Minenräumen, medizinische Komponente, Stress-Interventionsteams. Das Verteidigungsministerium hat dem VN-Generalsekretär 1999 Transport- und Sanitätskapazitäten, Pionier-, Fernmelde- und Marineelemente sowie Militärbeobachter – allerdings nicht deutlich quantifiziert - angeboten. Die entsprechende Vereinbarung wurde am 1.11.2000 in New York unterzeichnet.

Eine internationale Expertengruppe (darunter General a.D. Naumann) legte dem Generalsekretär im September eine Studie zur Verbesserung von VN-Friedenseinsätzen vor. Der „**Brahimi-Bericht**“ fordert u.a. eine Ausweitung der stand-by-arrangements im personellen und materiellen Bereich und insbesondere auch um zivile Fachkräfte.

12. G 8

Auf deutsche Anregung nahm das G-8-Außenministertreffen im Dezember 1999 in Berlin das Thema Krisenprävention in die G-8-Agenda auf. Das Außenministertreffen in Miyazaki (Juli 2000) vereinbarte konkrete Initiativen zur Konfliktverhütung: zu Kleinwaffen und leichten Kriegswaffen, zu Konflikt und Entwicklung, zum illegalen Diamantenhandel, zu Kindern in bewaffneten Konflikten und zur internationalen Zivilpolizei.

(International Alert: G8 and conflict prevention. Turning declarations into action. Recommendations for the G8 Summit of July 21-23 in Okinawa, Japan)

13. Zusammenfassung

Bisher sind die für die neuen Präventionsfähigkeiten eingesetzten Finanzmittel noch relativ gering. Allerdings liegt das Volumen der in den Anlagen angeführten Maßnahmen der Krisenprävention im engeren Sinne (einschließlich Stabilitätspakt) in der Größenordnung von weit über 1 Mrd. DM. Die strukturellen Entwicklungsrückstände gegenüber der militärischen Säule bestehen unverändert fort.

Nichtsdestoweniger markiert das Jahr 2000 einen Durchbruch beim Aufbau von Fähigkeiten und Instrumenten der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland und auf der Ebene internationaler Organisationen. Angesichts einer rapide ansteigenden „Nachfrage“ wächst auch das entsprechende „Angebot“. Zusammen vor allem mit den skandinavischen Ländern gehört Deutschland international zu den treibenden Kräften bei der Stärkung nicht-militärischer Krisenbewältigung.

Die politische Basis dieser Politik verbreitet sich zusehends, sie ist längst nicht mehr nur eine Sache von Friedensaktivisten und –forschern oder gar ein koalitionspolitisches Zugeständnis an die Grünen. Sie bekam aktuell durch das Friedenswort der deutschen katholischen Bischöfe und verschiedene Reden von Bundespräsident Rau (z.B. vor der Kommandeurstagung der Bundeswehr) prominenteste und überzeugende Unterstützung. Die Ökumenische Dekade (2001-2010) „Gewalt überwinden – Eine Kultur des Friedens schaffen“ wird weiteren gesellschaftlichen Rückenwind produzieren.

Gemessen am Anspruch der Koalition, eine effektive Krisenprävention zu schaffen, sind die bisherigen Initiativen noch nicht mehr als erste Schritte auf einem langen Weg. Zusammen betrachtet mit der jetzt anlaufenden Bundeswehrreform und der damit wachsenden Interventionsfähigkeit ergibt sich insgesamt ein ambivalentes Bild.

Die Koalitionsfraktionen haben einen umfangreichen Antrag vorgelegt, der die Bundesregierung auffordert, die Handlungsfähigkeit zur zivilen Krisenprävention, zivilen Konfliktregelung und Friedenskonsolidierung weiterzuentwickeln und zu verstärken. (14/3862, unter www.nachtwei.de, dort auch in englischer Übersetzung) Abgeleitet aus den bisherigen Erfahrungen werden umfassende konkrete Vorschläge gemacht. Der Antrag wurde am 9. November 2000 vom Bundestag in 1. Lesung – leider in Abwesenheit von Vertretern des BMVg und BMI - debattiert und zur Zeit in verschiedenen Ausschüssen beraten. (*Plenarprotokoll 14/130 unter www.dip.bundestag.de*)

Anlage 1

Mit Stabilitätspaktmitteln im Jahre 2000 durchgeführte Projekte, AA, Aug. 2000 (Auswahl), in Tausend DM (TDM)

(BICC: Bonn International Conversion Center; DAAD: Dt. Akademischer Austauschdienst; DGAP: Dt. Gesellschaft für Auswärtige Politik; FES: Friedrich-Ebert-Stiftung; FNS: Friedrich-Naumann-Stiftung; GI: Goethe Institut; GTZ: Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit; HBS: Heinrich-Böll-Stiftung; KAS: Konrad-Adenauer-Stiftung; SWP: Stiftung Wissenschaft und Politik)

Stabilitätspakt Tisch 1 (Menschenrechte und Demokratie)

Medien

- Europarat Medienprojekt: Entwicklung eines Regelwerks für Medienfreiheit und seine Durchsetzung. Beratung für Regierungen und Medien, Südosteuropa (SOE), 1.000 TDM
- Radio RTK: Stärkung des lokalen Rundfunksenders Pristina, Kosovo, 190 TDM
- OSZE: Mobile Bibliothek „Truth and Recociliation“, SOE, 800 TDM
- OSZE Konferenz Medien: über Verhinderung von Hetzpropaganda, SOE, 26 TDM.
- Info-Sendungen und Praktika (DW): in neun Sprachen der Region und TV, 9 SOE-Länder, 1.300 TDM
- Medienprojekte (ZDF): Aufbau unabhängiger Medienlandschaft, SOE 2.000 TDM
- Medienprojekte (BR): SOE. 1.000 TDM
- Aufbau Druckerei (UNESCO): Serbien, 500 TDM.
- Aufbau Infonetz (AIM): von unabhängigen Journalisten, SOE 500 TDM.
- Aufbau Radiosender: für serbische Minderheit Caglavica, Kosovo, 85 TDM.
- Aufbau Studiengang „Medien- und Interkulturelle Kommunikation“ an der Kliment Ochridski Universität Sofia, Bulgarien, 200 TDM:

Bildung

- Akademischer Neuaufbau in Fachbereichen der Ingenieurwissenschaft und Informatik (DAAD), SOE 1.300 TDM.
- im Bereich der Agrar- und Forstwirtschaften (DAAD), vier Länder, 700 TDM.
- im Fachbereich der Wirtschaftswissenschaften (DAAD), SOE, 400 TDM:
- im Bereich der Rechts- und Verwaltungswissenschaften (DAAD), Kroatien, 300 TDM.
- in den Bereichen Gesundheit und Soziales (DAAD), SOE, 500 TDM.
- Intensivkurse deutscher Hochschulen für Studierende und Graduierte in der Region in Fachbereichen außerhalb der Schlüsselfächer (DAAD), SOE, 300 TDM.
- Sonderprogramm zum Aufbau neuer wissenschaftlicher Arbeitsmöglichkeiten, zur Erneuerung und Stärkung des wissenschaftlichen Dialogs und zur Integration in die Europäische demokratische Wissenschaftsgesellschaft (Alexander von Humboldt Stiftung), SOE, 800 TDM.
- Teilfinanzierung eines provisorischen Studien- und Wohnkomplexes für die Fakultät für Bergbau und Metallurgie der Universität des Kosovo in Kosovska Mitrovica (Hochschulrektorenkonferenz), Kosovo, 370 TDM.
- Fernbildungsangebot für die serbische und andere nationale Minderheiten im Kosovo (Hochschulrektorenkonferenz), Kosovo, 45 TDM.
- EDV-Technik für das Rektorat und die Fakultäten der Universität des Kosovo in Pristina (Hochschulrektorenkonferenz)
- Sonderfonds für Expertenreisen und den Transport von Fachliteratur in den Kosovo. (Hochschulrektorenkonferenz)
- Beiträge zur Entwicklung der Universität Montenegro. (Hochschulrektorenkonferenz)
- Beiträge zur Unterstützung unabhängiger Wissenschaftler in Serbien und Montenegro.

- (Hochschulrektorenkonferenz)
- Netzbildung „Europäische Studien“ (Universität Bonn), SOE
 - Sprachlehrausbildung in SOE (GI), SOE, 170 TDM.
 - Zivilgesellschaftl. Strukturen von Lehrern und Fortbildern im Fremdsprachenbereich (GI) SOE, 120 TDM.
 - Fremdsprachen lernen mit Medien (GI), SOE, 115 TDM.
 - Internetsäulen (GI), für 15 Lern- und Bildungszentren, 228 TDM.
 - Konferenzzyklus „Demokratisierung“ (GI), SOE, 232 TDM.
 - Dokumentarfilmworkshop (GI), für unabhängige Dokumentarfilmer.
 - Fernseh-Koproduktion Historisches Gedächtnis (GI)
 - Rundfunk und Multikulturalität (GI), Förderung multi-ethnischer Denk- und Gesellschaftsmodelle mit Mitteln von Funk und TV.
 - Rundfunk und TV als Bürgermedium (GI), Förderung des Aufbaus von Zivilgesellschaften
 - Jugendbegegnungsstätte Schäßburg (DSKS/IfA), Aufbau einer Jugendbegegnungsstätte in Schäßburg/Rumänien, die Jugendliche aus der gesamten Region in der Zukunft zusammenbringen soll, Rumänien, ges. Region, 308 TDM.
 - Förderung des Deutschunterrichts und demokratischer Schulstrukturen (Zentralstelle für das Auslandsschulwesen), BiH, MKD, ALB, Kosovo, 600 TDM.
 - Schulbuchentwicklung (Georg-Eckert-Institut), HRV BiH, MKD, ALB, BGR, 60 TDM.
 - Förderung demokratischer Jugendstrukturen (Wings of Hope / Evangelische Diakonie München), Aufbau demokratischer, alle drei Volksgruppen beteiligender Jugendverbände in Bosnien-Herzegowina, 80 TDM.
 - Trilaterale Jugendaustauschmaßnahmen (Deutsch-Französisches Jugendwerk), MKD, BiH, Kosovo.

Kosovo

- Unterstützung UNMIK (UNMIK), Unterstützung beim Aufbau der Zivilverwaltung, Kosovo, 12.000 TDM.
- Wahlbeobachtung, Kommunalwahlen, Kosovo, 1.000 TDM.
 - Entsendung von zivilen Fachkräften für die OSZE-Kosovo-Mission, Kosovo, 3.000 TDM.

Verschiedenes

- Europaratsprojekt kommunale Selbstverwaltung, 400 TDM.
- Ausbildungsprogramm für Verwaltungsbeamte auf kantonaler Ebene, SOE, 200 TDM.
- Antikorruptionsinitiative des Europarats, SOE, 100 TDM.
- Informationsreihen mit Radiostationen, Erstellung politischer TV-Programme für unabhängige TV-Stationen, Medienprogramm zur Wählerinformation (FES), BR, Jugoslawien, 2.000 TDM.
- Internationale Konferenz: Förderung der Demokratie in SOE, 272 TDM.
- Bildungs- und Beratungsreihe „Platz und Rolle des Militärs in demokratischen Zivilgesellschaften“ (FES)
- Konferenzreihe Szegedprozeß, Städteprojektpartnerschaften und Zusammenarbeit der Gemeinden – Erfahrungsaustausch (FES), Ungarn, Jugoslawien
- Veranstaltungssequenz: Zusammenarbeit der Visegrad-Staaten (FES), SOE
- Krisenprävention in Montenegro (HBS), Tagung, bei der Modelle der Krisenprävention besprochen werden, SOE, 18 TDM.
- Weitere in der Planung befindliche Projekte in den Bereichen Stärkung der Zivilgesellschaft, Medienberatung, politische Bildung, Menschenrechtspolitik, SOE 1.138 TDM.

Städteprojektpartnerschaften

- „Education for Democracy“, Serbien, 1.000 TDM.
- Asphalt for Democracy, (versch. dt. Städte) Straßenbau, Serbien 1.000 TDM.
- Fuhrpark versch. Städte, Serbien, 150 TDM.
- Umweltschutz, Serbien, 781 TDM.
- Kardiolog. Röntgenanlage (ADRA), Serbien 5 TDM.
- Koordinator Städteprojektpartnerschaften, Herr Josef Vosen MdB a.D., BRJ, 100 TDM.

Zusammenarbeit mit der demokratischen Opposition, der Zivilgesellschaft, den unabhängigen Medien

- Unterstützung Opposition, Serbien, 792 TDM.
- Förderung der Zusammenarbeit demokratischer Kräfte, Serbien, 217 TDM.
- Unterstützung Wahlmobilisierung und lokale Wahlbeobachtung, Serbien, 655 TDM.
- Unterstützung unabhängiger Medien, Serbien, 370 TDM.
- Unterstützung der Aktivitäten der Hochkomissarin für MR, Kroatien, 200 TDM.
- Unterstützung der Aktivitäten der Hochkomissarin für MR, BRJ, 500 TDM.
- OSZE, Informationskampagne gegen ethnische Diskriminierungen, Region, 1.000 TDM.
- OSZE, Korruptionsbekämpfung, Region, 100 TDM.
- Civil Society Conference (Europarat), Integration von NROs in den Stabilitätsprozeß, Region, 50 TDM.
- Human Rights Protect. Institut. (Europarat), Region, 150 TDM.
- Regional legal aid network (Europarat), Region, 100 TDM.
- Diplomatenworkshop (ZEI Uni Bonn), ALB, BuH, KROA, Montenegro, BULG, RUM, UNG, 14 TDM.

Stabilitätspakt Tisch 2 (Wirtschaftlicher Wiederaufbau, Entwicklung und Zusammenarbeit)

- Trainerprogramm Wirtschaftsverwaltung (CDG / IEP), 500 TDM.
- Qualifizierung von Mitarbeitern der Wirtschaftsverwaltung (CDG / IEP u.a.), 438 TDM.
- Qualifizierung von Führungskräften aus Verwaltungsinstitutionen (CDG), 187 TDM.
- Unterstützung von Bankakademien (CDG / Bankakademie Frankfurt), 500 TDM.

Stabilitätspakt Tisch 3 (Sicherheit)

- Aus- und Fortbildung von Experten der Rüstungskontrolle im regionalen Rahmen, SOE, 2.000 TDM.
- Zerstörung schwerer Waffen in BiH, Munitionsentsorgung in Albanien, BiH, ALB, 1.600 TDM.
- Humanitäre Minenräumung (UNMAS, NRO'en), HRV, BiH, Kosovo, ALB, 3.000 TDM.
- Demokratische Kontrolle von Streitkräften (BAKS), SOE, 300 TDM.
- Antikorruptionsinitiative (Europarat), SOE, 100 TDM.

Mit Stabilitätspaktmitteln im Jahr 2000 durchgeführte Projekte, BMZ (Auswahl)

- Berufliche Bildung 750 TDM.
- Reform der Steuergesetzgebung 750 TDM.
- Unterstützung beim Aufbau eines Katastersystems 1.500 TDM.
- Berufsbildung und Arbeit für jugendliche Migranten 1.140 TDM.
- Gemeinwesenprogramme 1.850 TDM.
- Förderung von Selbsthilfeanstrengungen rückkehrender Familien 900 TDM.

- Modernisierung sozialer Einrichtungen benachteiligter Gruppen 1.500 TDM.
 - Schutz der bedrohten Roma- und Aschkali-Minderheit 75 TDM.
 - Behandlung krieg- und gewalttraumatisierter Kinder 135 TDM.
 - Frauenförderung 835 TDM.
 - Balkan Medienprojekt 1.100 TDM.
 - Berufliche Ausbildung von Straßenkindern 500 TDM.
 - Förderung von Roma-Initiativen 200 TDM.
 - Aufbau einer leistungsfähigen Kommunalverwaltung 145 TDM.
 - Donaubrücken/Donauräumung 2.000 TDM.
 - Trauma und Versöhnung 500 TDM.
 - Friedens- und Demokratieförderung 200 TDM.
 - Regionalprojekte der Politischen Stiftungen 18.000 TDM.
 - Regionalprojekt Förderung genossenschaftlicher Strukturen 950 TDM.
 - Regionalprojekt Stärkung lokaler und regionaler Struktur der Erwachsenenbildung 3.100 TDM
 - 30 Fortbildungskurse Hörfunk/Fernsehen pro Jahr 400 TDM.
- (und viele andere Projekte der Finanziellen Zusammenarbeit, der Wiederaufbauhilfe; in 2000 insgesamt 184.200 TDM).

Anlage 2

Unterstützung von internationalen Maßnahmen der Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung durch das AA im Jahr 2000

(Stand: Nov. 2000)

Ziviles Personal für VN-Missionen

- Ärzte und Sanitäter für UNIKOM (Kuwait/Irak) ü. Malteser Hilfsd., 2.700 TDM.
- Expertenteam Aufbau Personenmeldewesen für UNTAET (Ost-Timor), 1.400 TDM, medizinisches Personal 400 TDM
- Sanitäts- und Minenräumkomponente für UNSAS (Stand-By-Arrangement der VN)
- Juristischer Experte für MICAHA (mandatierte zivile VN-Mission Haiti)

Materielle Unterstützung von VN-Missionen

- Lufttransport für UNAMSIL-Kontingente (Sierra Leone) mit 1.000 TDM, Demobilisierung von Kindersoldaten (UNICEF) 900 TDM
- Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm im Zusammenhang mit MINURCA (Zentralafrika) 1.000 TDM
- Feuerwehrgerät für UNMIK/Kosovo (in Verb. mit Einsatz deutscher Experten)
- UNMIBH/IPTF: Polizeiakademien Sarajewo und Banja Luka; Schutzwesten
- MONUC (Kongo): Materialspenden für Joint Military Commission
- UNSMA (Afghanistan): Friedensgespräche in Deutschland (Okt. Und Nov. 2000)
- UNFICYP (Zypern): Nächste Runde Zyperngespräche in Bonn
- MINURSO (Westsahara): Friedensgespräche, Berlin Sept. 2000
- UNTAET (Ost-Timor): Druck von Personalausweisen, 1.600 TDM
- UNMEE (Äthiopien/Eritrea): Unterstützung der OAU-Beteiligung
- UNMIBH (Bosnien): Aufbau eines Grenzschutzes

Vorbereitungskurse für ziviles Friedenspersonal auf VN- und OSZE-Missionen

Diese im AA mit einem Budget von 2.000 TDM/Jahr kurzfristig eingerichtete und sehr erfolgreich angelaufene Maßnahme soll ausgebaut und international geöffnet bzw. vernetzt werden. Ziel ist, dass Deutschland mit dem im Aufbau befindlichen Personalpool Beitrag nicht nur zu den Krisenreaktionskräften der OSZE („REACT“) und EU leisten kann, sondern auch der VN.

Konfliktpräventive Einzelprojekte mit deutschen und internationalen NGO`s einschliesslich politische Stiftungen

- Ecologic: Workshop Umwelt und Sicherheit
 - SWP: Fünftes Berlin-Seminar zu Internat. Peacekeeping; Kolumbienkonferenz in B
 - DGAP: Dialog zwischen OSZE und ASEAN-ARF
 - Solidarische Welt Ilmenau: International Peace Camp
 - BICC: Workshops zu „VN-Waffenembargos und Reisebeschränkungen“
 - Christenrat Mosambik: „Schwerter zu Pflugscharen“ (Entwaffnungsprogramm)
 - Int. Peace Academy, Studien: Region. Sicherheitsmechanismen; Peace-Building in Afrika; Stärkung der VN-Präventionsfähigkeiten; „UN, NATO and other regional actors“
 - Carter Center: Versöhnungsinitiative Sudan/Uganda
 - GTZ mit NGO „CECORE“: Friedensbrücken zwischen Ethnien in Uganda
 - UNOGBIS mit HUMAID: Minenräumen in Bissau als Konfliktnachbereitung
 - Consultation Nationale (Kongo): Dokumentation zum innergesellschaftlichen Dialog
 - Medico: Versöhnung verfeindeter Gruppen in KwaZulu- Natal/Südafrika
 - BIISS (Bangladesh): Seminar zu regionaler Kooperation in Südasien
 - Anando (Bangladesh): „Chittagong-Hills“-Projekt zur Aussöhnung zwischen Stämmen
 - Berghof: Friedliche Konfliktbewältigung Abchasien; Multiplikatoren Ausbildung in Ex-Jug.
 - GTZ/Berghof: Interethnische Jugendzentren in BuH
 - Interreligiöser Rat BuH: Versöhnungsarbeit
 - ECMI: Integration russischer Minderheit in Estland und Lettland
 - Peace Brigades International: Friedenkräfte für Kolumbien
 - Botschaft Guatemala mit div. lokalen NGOs: multiethnische Begegnungsstätte
 - Medios para la Paz: Journalisten-Training zur Konfliktüberwindung in Kolumbien
 - Forum ZFD: Unterstütz. Lokaler NGOs in BuH beim Aufbau zivil. Strukturen
 - Dt.-zypr. Forum: Bikommunale Zusammenarbeit auf Zypern
 - AG Afghanistan/Mediothek für AFG: 2 Tagungen „AFG-Land ohne Staat“
 - Helsinki Citizens Assembly: „Center für Peace Culture“ in Aserbaidshan
 - Zentrum für Entw. Forschung/Uni Bonn: Konferenz „Facing Ethnic Conflict“
 - FES: Nahost-Friedensprozeß, Workshops u. a. in Jerusalem sowie Jugendaustausch; Friedensprozeß im Sudan
 - KAS: Stärkung Zivilgesellschaft im Kongo
 - HBS: NGO-Konferenz „Promoting Peace“ in Nairobi zu Äthiopien/Eritrea; Gefangenenaustausch Nagorny-Karabach
 - HSS: Friedensbegleitender Dialog Palästina; Vertrauensbildung INI/PAK
 - FNS: Dialog zw. Tamilen und Singhales; Kashmir-Seminare; Friedensarbeit Nepal
- derzeitiges Planungsvolumen in diesem Bereich insgesamt: 6.800 TDM.

Unterstützung von Friedensprozessen und Konfliktbearbeitungsinstrumenten der VN und Regionalorganisationen

- Ausstattung des OAU Konfliktmanagement-Zentrums in Addis mit bis zu 1.000 TDM.
- Konferenzkosten für Friedensverhandlungen über Burundi (Arusha-Prozeß) 500 TDM.
- UN-Trust Fund for Preventive Action: 1.500 TDM
- VN-Studie „Gender Perspective in Peacekeeping“
- Unterstützung des VN-Sonderberaters für Kolumbien
- Ausbildungsprojekt des UN-Staff-College: Early Warning & Preventive Measures
- VN (UNITAR)-Trainingsprogramm zur Konfliktlösung in Afrika
- VN-Regionalzentrum Lomé: Stipendienprogramm Frieden & Abrüstung in Afrika
- VN-Abrüstungsabteilung: „Waffen gegen Entwicklungshilfe“ in Niger, Evaluierungsmission
- Einrichtung einer VN-Arbeitseinheit „Post Conflict Peacebuilding“, vorauss. 500 TDM.
- Unterstützung Vermittler Masire im Kongo-Konflikt:

- Unterstützung Internationales Panel zur Aufarbeitung des Völkermordes in Ruanda
- OSZE-Unterstützung für RUS-Truppenabzug aus Georgien und evtl. Moldau, 500 TDM
- OSZE: einige kleinere Projekte insbesondere zu Rechten der Roma u.a. Minoritäten im OSZE-Raum und zum Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen in Zentralasien
- Tadschikistan: Wahlbeobachtung; Aufbau ziviler Medien
- Intern. Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien: „Rules of the Road“-Projekt
- ASEM-Forum in Seoul: Unterstützung für Präventionsteil über Asienstiftung in Essen

Anlage 3

Bundshaushalt 2001, Einzelplan 05 (AA)

Beitrag zum deutsch-tschechischen Zukunftsfonds	40.000 TDM
Beitrag an die Vereinten Nationen	900,500 TDM
davon	
Regulärer Beitrag	103,9 Mio. US-\$
<u>Beiträge zu Friedenserhaltende Maßnahmen (FEM)</u> (lt. Regierungsentwurf, mit BT-	
Beschluss vom 29.11.00 um insgesamt 201 Mio. DM erhöht):	
UNDOF (Golanhöhen)	2,9 Mio. US-\$
UNIFIL (Libanon)	12,0 Mio. US-\$
UNIFIL (DDR Altlast)	0,5 Mio. US-\$
UNIKOM (Irak-Kuwait)	1,7 Mio. US-\$
MINURSO (Westsahara)	5,0 Mio. US-\$
UNMIBH (Bosnien und Herzegowina)	17,0 Mio. US-\$
UNOMIG (Georgien)	3,0 Mio. US-\$
MICAH (Haiti, früher: MIPONUH)	2,5 Mio. US-\$
UNFICYP (Zypern)	2,5 Mio. US-\$
UNMOT (Tadschikistan)	1,7 Mio. US-\$
MINURCA (Zentralafrika)	0,5 Mio. US-\$
UNAMSIL (Sierra Leone)	20,0 Mio. US-\$
UNMIK (Kosovo)	42,0 Mio. US-\$
UNTAET (Osttimor)	75,0 Mio. US-\$
Gerichtshöfe	
Jugoslawien	8,4 Mio. US-\$
Ruanda	7,5 Mio. US-\$
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	38.800 TDM
Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCFW)	12.600 TDM
Organisation über den Umfassenden Nuklearen Teststoppvertrag (CTBTO)	16.000 TDM
Europäisches Jugendwerk	600 TDM
Sonstige Leistungen an Organisationen und Einrichtungen im internationalen Bereich:	
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	1.500 TDM
Fonds des Weltkinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF)	8.500 TDM
Hilfsfonds des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)	8.100 TDM
Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung durch das AA	28.600 TDM
Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte	3.700 TDM
Kosten für einen deutschen Beitrag zur Beseitigung ehemals sowjetischer Massenvernichtungswaffen (Abrüstungszusammenarbeit)	15.000 TDM

Deutsche Beteiligung an Polizeieinsätzen der VN, WEU und EU	11.000 TDM
Unterstützung von Maßnahmen der OSZE	6.600 TDM
Einrichtungen zur Pflege der Auslandsbeziehungen	4.000 TDM
davon Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen	1.200 TDM
Einrichtungen zur Pflege der Auslandsbeziehungen im Forschungs- und Wissenschaftsbereich	2.600 TDM
davon Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik	530 TDM
Forschungszentrum für OSZE-Studien beim Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg	400 TDM

Anlage 4

Bewilligte Projekte des Zivilen Friedensdienstes (Auswahl, Stand Nov.2000)

Südosteuropa

- Mitwirkung beim Aufbau Zivilgesellschaft, Dienste in Übersee (DÜ)
- Traumabewältigungsarbeit, Unterstützung von Menschenrechtsgruppen, Dialogangebote für verschiedene Volksgruppe, Projektvernetzung, ForumZFD
- Konfliktberatung zwischen verfeindeten Gruppen, DÜ
- Interethnische Sozialarbeit mit Kindern und Jugendlichen, Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF)/Eirene
- Unterstützung der Organisationsentwicklung von friedenspolitisch relevanten NGO vor Ort, ForumZFD/AGEH
- Erwachsenenbildung zur Versöhnungsarbeit, DÜ
- Aufbau eines Netzwerks von Friedensfachkräften und NGO`s
- Hilfe bei Flüchtlingsrückkehr, AGEH

Naher und mittlerer Osten

- Völkerverständigung durch Kulturarbeit, Palästina, DÜ
- Aufbau einer Jugendbegegnungsstätte, Israel/Palästina, ForumZFD, AGEH
- Machbarkeitsstudie für die Entsendung von Friedensfachkräften, DED

Afrika südlich der Sahara

- Konfliktnachsorge in Uganda, AGEH
- Unterstützung einheimischer Träger bei der Landreform, Simbabwe, DED
- Schaffung von Friedensinseln, Sudan, Dt. Entwicklungsdienst (DED)
- Opferbezogene Versöhnungsarbeit nach Kriegsende, Guinea-Bissau, Weltfriedensdienst (WFD)
- Mitwirkung bei psychosozialer Rehabilitation, Mosambik, AGEH
- Mitarbeit in der nationalen Kommission „Justice and Peace“, Kenia, AGEH
- Ausbildung von Psychotherapeuten für die Arbeit mit Kriegstraumatisierten, Mosambik, DÜ
- Reintegration von internen Bürgerkriegsflüchtlingen, Sudan, DED
- Aufbau von Konfliktbearbeitungsteams, dezentralen Friedensinitiativen und Förderung von Friedensorganisationen, Uganda, DED
- Konfliktbearbeitung im Zusammenhang mit einer sozial- und umweltverträglichen Ölförderung, Tschad, DED
- Program zur Konfliktbearbeitung und Förderung der Beziehungen zwischen Viehhaltern und Bauern, Tschad, Eirene

Asien

- Konfliktprävention durch Dokumentation von Landnutzung aufgrund traditioneller Nutzungsrechte, Philippinen, DÜ

- Identifizierung von Möglichkeiten für eine längerfristige Zusammenarbeit, Ost-Timor, DÜ
- Machbarkeitsstudie für Maßnahmen im Rahmen des ZFD, Kambodscha, DED
- Projektvorbereitung zur Förderung des Konfliktlösungsprozesses und Wiederaufbaus in Ost-Timor, AGEH

Lateinamerika

- Unterstützung lokaler Organisationen bei der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen, Guatemala, DED
- Mitwirkung beim Aufbau der Zivilgesellschaft, Peru, DED
- Entwicklungs- und Bildungsarbeit in Rückkehrergemeinden, Guatemala, DÜ
- Betreuung von Folteropfern, Mexiko, DÜ
- Begleitung von Menschenrechtsgruppen, Kolumbien, Eirene
- Einsatz für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte der Landbevölkerung, Brasilien, DÜ
- Stärkung traditioneller Mechanismen zur Bewältigung interner Konflikte von Indigena-Gemeinden und deren Verhandlungskapazität bei der Umsetzung der Landreform, Bolivien, DED
- Mitarbeit bei der Aufklärung von Bürgerkriegsverbrechen, Guatemala, DED
- Videoworkshops im Rahmen der Kampagne gegen die durch Waffenbesitz ausgelöste Gewalt, Guatemala, DED

Anlage 5

Nichtmilitärische Krisenbewältigung im Rahmen der Europäischen Union Bestandsaufnahme Nichtmilitärisches Instrumentarium zur Krisenbewältigung (Rat der EU, 11044/1/99, 3.12.1999)

- (1) Rahmen oder Verfahren, die es der Union ermöglichen, Drittländer zum Zwecke der Verhütung und Bewältigung von Krisen zu beeinflussen
- Aussicht auf Mitgliedschaft in der EU
 - Vertragliche Beziehungen
 - Regionale Zusammenarbeit und Stabilität
 - Marktzugang
 - Finanzhilfe
- (2) Tätigkeiten und Maßnahmen der Union im Bereich der Krisenbewältigung
- EU-Diplomatie und politischer Dialog
 - Teilnahme und Koordinierung der EU und ihrer Mitgliedstaaten in internationalen Organisationen und Foren
 - Frühwarnung
 - Informationsaufträge
 - Organisationen, die sich mit der Nichtverbreitung und der Vernichtung von Waffen befassen - Maßnahmen, Beiträge und Beteiligung der EU
 - Humanitäre Hilfe
 - Finanzielle und nichtfinanzielle Unterstützung für Wahlen, Regierungen, Friedensprozesse, multi-rassistisch ausgerichtete Prozesse
 - Förderung der Menschenrechte
 - Aufbau sicherheitsbildender Institutionen
 - Terrorismusbekämpfung
 - Überwachung
 - Sanktionen (Allgemeine Embargos, Waffenembargos, spezifische Maßnahmen wie Investitionsverbot, Einfrieren von Vermögenswerten, Einschränkungen des freien Personenverkehrs)
 - Verwaltung von Mostar

- Beförderung der humanitären Hilfe
- Beteiligung an den Strukturen zur Umsetzung der Friedensabkommen
- Minenräumung
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen
- Schulung und Überwachung von Polizeikräften
- Grenzkontrollen

(3) Instrumente und Einrichtungen, die der Union zur Krisenbewältigung zur Verfügung stehen

- Vorsitz und Troika
- Generalsekretär/Hoher Vertreter, Ratssekretariat und Strategieplanungs- und Frühwarnereinheit
- Die Kommission
- Sonderbeauftragte
- Missionsleiter
- ECMM (Überwachungsmission der Europäischen Gemeinschaft)

Bestandsaufnahme nichtmilitärisches Krisenreaktionsinstrumentarium der EU-Mitgliedstaaten (Rat der EU, 12323/99, 24.11.1999)

(Darstellung der jeweiligen Kapazitäten, Organisationen etc.)

- Nichtmilitärische Polizei
- Humanitäre Hilfe
- Katastrophenschutz und Rettungsdienste
- Minenräumung
- Wiederaufbau und Bewältigung von Konfliktfolgen
- Unterstützung der Menschenrechte, der Demokratie, des Aufbaus von Institutionen, der Medien
- Erkundung, Vermittlung, Schiedsverfahren, Vertrauensbildung
- Sonstige

Besonders empfehlenswerte, aktuelle Literatur + Medien:

- *BMZ: Konflikt als Chance. Eine interaktive CD-ROM, Bonn 2000 (kostenlos)*
- *Tilman Evers (Hrsg.): Ziviler Friedensdienst - Fachleute für den Frieden- Idee, Erfahrungen, Ziele, Opladen (Leske + Budrich) 2000*
- *Volker Matthies: Krisenprävention. Vorbeugen ist besser als Heilen, Opladen (Leske + Budrich) 2000*
- *Andreas Mehler/Claude Ribaux: Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der technischen Zusammenarbeit. Ein Überblick zur nationalen und internationalen Diskussion, Schriftenreihe der GTZ Nr. 269, Wiesbaden 2000; www.gtz.de*

Weitere Informationen: Büro Berlin (s.o.) oder Wahlkreisbüro Münster, Bremer Str. 54, 48155 MS, 0251/662280, Fax /662296; winfried.nachtwei@wk.bundestag.de